



## **Antrag**

der Fraktion der SPD

### **In wirtschaftlich schwierigen Zeiten braucht es eine entschlossene Industriepolitik**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass sich der Zeitraum, in dem die notwendige industrielle Transformation der bestehenden Industrie in Schleswig-Holstein erfolgen muss, durch die Folgen des russischen Angriffskrieges drastisch verkürzt hat.

Steigende Energiepreise in Europa und das veränderte Investitionsumfeld durch den Inflation Reduction Act in den USA haben die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu Ungunsten von Deutschland und Schleswig-Holstein verschoben. Das ist besorgniserregend, weil die Industrie mit 140.000 Beschäftigten und über 11 Milliarden Euro an Wertschöpfung ein entscheidender Wirtschaftsfaktor für unser Land ist. Die Sicherung von qualifizierten und gut bezahlten Arbeitsplätzen in der Industrie ist deshalb von zentraler Bedeutung.

Insbesondere die global ausgerichtete und für Schleswig-Holstein wichtige Chemieindustrie hinterfragt aktuell ihre Standortentscheidungen in unserem Land. Deshalb braucht es ein entschlossenes Bekenntnis zur Sicherung der Zukunft der Industrie.

Ob Schleswig-Holstein im Jahr 2040 ein starkes klimaneutrales Industrieland sein wird, entscheidet sich in den kommenden Monaten. Die geplante Ansiedlung von Northvolt kann nur der Anfang sein. Aber schon dieses Projekt beansprucht die Kräfte des Landes über die Belastungsgrenze hinaus. Vor diesem Hintergrund sind auch alle bisherigen Annahmen und Strategieansätze überholt und müssen angepasst werden.

Der erfolgreiche Umbau der Industrie hat politische und wirtschaftliche Voraussetzungen. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien, der Aufbau von Wasserstoffproduktion und -infrastruktur und der Umbau der gewachsenen Verbundstandorte müssen von der Landesregierung vorgebracht werden.

Deshalb fordert der Schleswig-Holsteinische Landtag die Landesregierung auf, ihre industriepolitische Strategie an die neue Situation anzupassen und schnellstmöglich ein Paket mit Sofortmaßnahmen entsprechend der untenstehenden Maßgaben vorzulegen und in Folge umzusetzen.

- Es braucht jetzt das klare politische Signal, dass Schleswig-Holstein in der grünen Transformation ein Gunststandort sein wird. Das muss mit dem Aufbau neuer Planungskapazitäten unterlegt werden. Das Land braucht zusätzliches Personal, das in einer Investitions-Agentur nach dänischem Vorbild gebündelt wird.
- Die Landesregierung muss neu entstehende Wertschöpfungsketten am Chemie-Standort an der Westküste unterstützen, um eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft zu entwickeln. Durch die Umstellung industrieller Prozesse werden neue Synergien möglich und notwendig. Fehlende Bausteine müssen durch gezielte Ansiedlungen geschlossen werden. Die nachhaltige Entwicklung der Industrie erfordert es zudem, die Umweltbedingungen wie die Verfügbarkeit von sauberem Wasser zu klären.
- Der Ausbau der Infrastruktur an der Westküste muss jetzt erfolgen und darf nicht erst von festen Zusagen für Ansiedlungen abhängig gemacht werden. Dafür muss das Land in Vorleistung gehen.
- Grüner Wasserstoff muss bis zum Jahr 2030 günstiger als grauer Wasserstoff werden. Dieses industriepolitische Ziel muss in einem gemeinsamen Kraftakt von EU, Bund und Land erreicht werden. Der industrielle Hochlauf der Wasserstoffproduktion muss beschleunigt werden. Die veränderte Wettbewerbssituation erfordert ambitioniertere Ausbauziele: Schleswig-Holstein sollte im Jahr 2030 über eine Elektrolyse-Kapazität von 10 Gigawatt verfügen.
- Deutschland wird auch in Zukunft Energie importieren. Schleswig-Holstein sollte sich zum zentralen Logistik- und Technologie-Hub für diese Importe entwickeln. Dafür sollen Kontaktbüros in den wichtigsten Erzeugerländern von grünem Wasserstoff und seinen Derivaten eröffnet werden, um langfristig Netzwerke und Importkapazitäten zu sichern und technologische und logistische Kompetenzen zu entwickeln.
- Für die Erreichung dieser industriepolitischen Ziele sind zusätzliche Investitionen der Landesregierung notwendig.

**Begründung:**

Eine starke Industrie ist zentral für den Wohlstand unseres Landes. Darum kommt ihr auch eine zentrale Rolle bei der Gestaltung der zukünftigen Wertschöpfung zu. Aus der Verfügbarkeit grüner Energie neue industrielle und klimaneutrale Wertschöpfung zu generieren ist schon lange kein Konzept mehr, das Schleswig-Holstein exklusiv verfolgt. Die Erreichung dieses Zieles hat wirtschaftspolitische Vorbedingungen, die jetzt erfüllt werden müssen.

Darin liegt eine große Aufgabe: Der notwendige ökologische Umbau der Wirtschaft verlangt nach einer neuen Struktur- und Industriepolitik. Sie muss den laufenden Transformationsprozess mit einem modernen Mix aus Ordnungsrecht, finanziellen Anreizen und öffentlichen Investitionen begleiten.

Thomas Losse-Müller

und Fraktion